

Landespressekonferenz, 24.07.2024

Anforderungen des Netzwerks Gleichstellung an die ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie der Landesregierung

Was hat sich die Landesregierung vorgenommen?

“Unser Ziel ist die umfassende Gleichstellung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen und digitalen Belangen. Deshalb werden wir eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie für Baden-Württemberg entwickeln”.¹

Die Regierungsparteien haben sich auf den Weg gemacht, sich ernsthaft mit den Belangen von 50% der Bevölkerung zu befassen. Es ist höchste Zeit dafür, denn die Situation von Frauen in Baden-Württemberg ist prekär. Das beweist nicht nur die eigens vom Sozialministerium beauftragte Analyse zum Stand der Gleichstellung, sondern schaut man sich allein die Lohnlücke von 22% an oder spricht mit Frauen und queeren Personen im eigenen Umfeld, dann zeichnet sich 2024 ein unwürdiges Bild. Es gibt also allerhand zu tun. Anderthalb Jahre Regierungszeit bleiben dafür noch.

Doch es scheint, als würde die Landesregierung ihre eigenen Versprechen nicht einhalten wollen und 50% der Bevölkerung doch unter den Tisch fallen lassen. Wir vermissen eine starke Allianz der politischen Führungsriege in Baden-Württemberg für ernsthafte Gleichstellungspolitik. Die Spitze der Landesregierung sollte sich dringend an ihr eigenes Versprechen erinnern.

Netzwerk Gleichstellung:

Wir verfolgen die Entwicklung der Strategie schon sehr lange und haben uns als gleichstellungspolitische Akteurinnen und Expertinnen zusammengefunden. Seit eineinhalb Jahren arbeiten wir gemeinsam – im Hintergrund – zur Gleichstellungsstrategie. Wir stimmen unsere Aktivitäten ab, tauschen uns über Handlungsbedarfe aus und agieren gemeinsam. Nun wollen wir an die Öffentlichkeit treten und unsere Mitarbeit an der Entwicklung einer zukunftsfähigen

¹ Koalitionsvertrag für Baden-Württemberg 2021, S.88

Gleichstellungsstrategie offensiv anbieten. Wir sind davon ausgegangen, dass die Landesregierung – wie oft versprochen – auch bei der Gleichstellungsstrategie auf Beteiligung setzt. Auch wenn wir erst seit kurzem wissen, wie diese in etwa aussehen soll, haben wir uns in enger Zusammenarbeit darauf vorbereitet.

Wir, das sind Gewerkschaftsfrauen, Expertinnen aus Wissenschaft und Forschung, Aktive der verbandlichen frauen- und mädchenpolitischen Arbeit, Akteurinnen der politischen Frauenbildung sowie der Frauenberatungs- und Therapiearbeit.

Aus diesem Bündnis sind heute auf dem Podium anwesend: Prof. Dr. Ute Mackenstedt (LFR), Ulrike Sammet (LAG Mädchen*politik), Farina Semler (DGB-Frauen BW), Dr.ⁱⁿ Gerrit Kaschuba (tifs e.V.) und Anne Mann (Grüne Jugend BW).

Der bisherige Entwicklungsprozess hin zur Gleichstellungsstrategie:

Seit Dezember 2022 tagt eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Leitung der Amtschefin des Sozialministeriums Leonie Dirks. Dort wurde mit der Sammlung von Maßnahmen, die die einzelnen Ministerien bereits im Gleichstellungsbereich angehen und mit dem Sammeln von Ideen für weitere Maßnahmen, begonnen. Auch der Beteiligungsprozess ist angelegt – auf das Sammeln von Ideen.

Der offizielle Startschuss zum Beteiligungsprozess der Zivilgesellschaft – oder der „Stakeholder“, wie das Sozialministerium formuliert – fand am 29. Februar in einem Online-Format statt. In den 1,5 Stunden mit ca. 120 Teilnehmenden konnte von einer Beteiligung aber nicht wirklich die Rede sein. Vorgestellt wurde eine „Ist-Analyse“, die das Sozialministerium nebst Formulierung von Entwicklungsoptionen in Auftrag gegeben hatte. Sie stellt den Grundstein für die weitere Entwicklung der Strategie. Wir halten die Ist-Analyse für durchaus lesenswert, auch wenn sie für Expert*innen keine neuen Erkenntnisse gewährt. Sie zeigt jedoch auf, wo wir derzeit in Baden-Württemberg gleichstellungspolitisch stehen und welche Maßnahmen in den Ministerien bereits durchgeführt werden oder angedacht sind.

Die so genannte Zukunftskonferenz, die am 7. Juni stattfand, sieht das Ministerium als Beteiligungsaufakt im engeren Sinne: Es sollten Ideen gesammelt und Akteur*innen zusammengeführt werden. Sicherlich sind diese Ziele auch erreicht worden, wobei viele der Anwesenden bereits gut vorbereitet im Prozess stehen und sich selbst um eine Vernetzung in der Sache gekümmert haben. Angekündigt ist nun ein online Beteiligungsverfahren, um Vorschläge für inhaltliche Maßnahmen einzusammeln, die Eingang in die Ausarbeitung der Landesregierung finden können. Die Auswahl und Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen bleiben den Ministerien überlassen.

Das finale Maßnahmenbündel soll dann zum Abschluss des Beteiligungsprozesses im Rahmen einer Tagung erneut der Fachöffentlichkeit vorgestellt werden. Der Kabinettsbeschluss zur Gleichstellungsstrategie soll im Herbst 2025 veröffentlicht werden.

Der Prozess, eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie aufzusetzen, dauert schon eine ganze Weile. Das wirft die Frage auf, warum wir als Netzwerk genau jetzt an die Öffentlichkeit treten.

Zum einen sind inzwischen die Haushaltsverhandlungen für den nächsten Doppelhaushalt 2025/26 angelaufen und werden sich nach der Sommerpause konkretisieren. Die finanzielle Unterfütterung einer umfassenden landesweiten Strategie ist für ihr Gelingen logischerweise äußerst wichtig. Gleichzeitig müssen wir leider feststellen, dass diesem Thema, das über die Hälfte der Landesbevölkerung und der Wählenden betrifft, nicht die politische Bedeutung zukommt, die angemessen wäre. Daran muss sich etwas ändern.

Gerade in Zeiten, in denen wieder von „Demokratie in Gefahr“ gesprochen werden muss und wo die freie Gesellschaft zunehmend angegriffen wird, werden auch antifeministische und queerfeindliche Akteur*innen und ihre Narrative immer lauter – bis tatsächlich lebensgefährlich.

Als politische, demokratische Parteien sowie als Zivilgesellschaft gilt es daher, diesem Backlash auch in Gleichstellungsfragen klar entgegenzutreten. Aus der Zivilgesellschaft sehen wir in den letzten Monaten einen starken, gemeinschaftlichen Einsatz für eine vielfältige, offene Gesellschaft. Nun ist es an der Landesregierung, nachzuziehen und ihren eigenen Versprechen Taten folgen zu lassen.

Es braucht eine gemeinsame, ambitionierte, landesweite Strategie, die vom Sozialministerium koordiniert und durchgesetzt wird. Um dem Anspruch echter Gleichstellung aller Geschlechter näherzukommen und gerecht zu werden, braucht es keine einzelnen Leuchtturmprojekte der Ministerien, sondern eine **verbindliche, eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie**. **Dafür sind vor allem 4 Punkte grundlegend:**

1. Eine solide Finanzierung

- Gerade sind leider kaum Bestrebungen zu erkennen, **für eine ausreichende Finanzierung von Gleichstellungsarbeit zu sorgen und die politische Willensbekundung für mehr Gleichstellung mit Haushaltsmitteln zu unterfüttern**. Ohne ein klares Bekenntnis zur nachhaltigen Finanzierung steht jedoch zu befürchten, dass der Prozess nicht in einer planvollen Strategie mündet, sondern dass die Gleichstellungspolitik weiter in einzelnen Projekten gefangen bleibt und lediglich bestehende Maßnahmen gebündelt werden – das ist zu wenig. Hier besteht aus Sicht des Netzwerks großer Handlungsbedarf.

2. Eine klare, sichtbare Allianz politischen Willens

- Als Netzwerk Gleichstellung begrüßen wir das Vorhaben einer ressortübergreifenden Strategie ausdrücklich. Die Ist-Analyse spricht von der Notwendigkeit eines „Kulturwandels“. Ein solcher Kulturwandel braucht eine solide gesetzliche und strukturelle Rahmung und zivilgesellschaftliche Impulse. Vor allem aber braucht er ein **klares Bekenntnis von der Spitze der Landesregierung zur Durchsetzung des grundgesetzlichen Auftrags zur Gleichstellung von Frauen bzw. zur Umsetzung von Gender Mainstreaming, denn Gleichstellung betrifft alle Geschlechter. Wir wünschen uns dies gemäß eines diversitätsorientierten Gleichstellungsbegriffs.**

3. Leitlinien der Strategie

- Um sicherzustellen, dass der Prozess tatsächlich in einer ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie und nicht in Leuchtturmprojekten mündet, plädieren wir für **Leitlinien**, die als übergeordnete Leitplanken fungieren und eine Ausrichtung sowie Größenordnung vorgeben.
- Die Entwicklung zentraler Perspektiven und Leitlinien braucht Expertise aus dem Feld. Unterstützung könnte sich das Sozialministerium beispielsweise durch die Einsetzung eines **Beirats** holen. Dieser sollte sowohl die Fachexpertise der Ressorts ergänzen sowie das Sozialministerium bei der Ausrichtung der Strategie unterstützen. Wir sind bereit, unsere Expertise im Beirat einzubringen.
Und: Leitlinien müssen leben, brauchen Fortbildungen...

4. Eine Koordinierungsstelle

- Aktuell sind das Sozialministerium und seine Gleichstellungsabteilung personell – in Anbetracht der großen Aufgaben – nicht ausreichend aufgestellt. **Zudem fehlt eine eindeutige, zusätzliche Koordinierungsstelle**, die den gesamten, sehr umfangreichen Prozess der ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie managt und somit zentral für die Zusammenarbeit zwischen den Ministerien ist. Die Landesregierung könnte hier den internen Erarbeitungsprozess der Strategie mit angemessenen Ressourcen unterfüttern und damit zum letztendlichen Gelingen der Strategie beitragen.

Grundsätzlich ist besonders wichtig, dass ein intersektionaler Gleichstellungsbegriff konsequent eingeflochten und in die Umsetzung gebracht wird. Bisher ist das weder im Beteiligungsprozess noch in der Studie besonders sichtbar. Viele gleichstellungspolitische Herausforderungen lassen sich nur dann angehen, wenn sie aus unterschiedlichen Perspektiven und vor vielfältigen Hintergründen (Migration, sexuelle Orientierung, Behinderung, ..) betrachtet werden. Ansonsten verkennen zu eindimensional geplante Maßnahmen eine gesellschaftliche Realität und können nicht nachhaltig entwickelt werden.